

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint 6 mal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- RM monatlich, ohne Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstraße 8 a. Postcheckkonto Hannover Nr. 235 44 (Willi Eichler, Berlin S 14, Inselstraße 8 a).

NUMMER 35 B

BERLIN • Donnerstag, den 11. Februar 1932

1. JAHRGANG

### Stimmen zur Abrüstung.

Von Doris Vogel.

Die Vorschläge zur Sicherung des Friedens gehen von dem einen Extrem der völligen Entwaffnung aller Staaten hinüber zu dem anderen Extrem der Aufstellung eines überstaatlichen Heeres, das allen nationalen Heeren, auch deren Koalitionen, überlegen ist. Dazwischen bewegt sich die Gruppe derjenigen, die weder ganz abrüsten wollen, noch ein überstaatliches Heer anerkennen, sondern die eine nationale Verteidigung mehr oder minder zulassen und die Kriegsgefahr nur durch Rüstungsabkommen herabmindern wollen.

Der zuerst genannte extreme Standpunkt beruht auf dem Gedanken, niemandem fortan Waffen zu überlassen und dadurch den Krieg unmöglich zu machen. Der andere extreme Standpunkt, der ein internationales Heer vorsieht, geht von der Erwägung aus, die Willkür der Kriege dadurch auszuschalten, daß eine internationale Polizei den Friedensbrechern das Handwerk legt und sie straft. Die dritte Gruppe wird entweder durch Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmt, nach denen Verträge über schrittweises Einschränken der Rüstungen den einzigen Weg bilden, dem Ziel der Völkerverständigung näherzukommen, oder durch den Grundsatz, daß die Staaten ihre Souveränität nicht preisgeben dürfen; das würden sie aber tun, wenn sie sich entweder der staatlichen Rüstungsmacht begeben, oder wenn sie sich einer überstaatlichen Macht unterwerfen würden, die sie in der Freiheit ihrer Beschlüsse hindert.

Diese Uebersicht, die die Abrüstungsvorschläge in drei Klassen teilt, soll uns helfen, in dem Labyrinth der Friedensprojekte den Faden zu finden. Wir beginnen mit der Darstellung der radikalen Abrüstungsforderung für alle Staaten.

Der einzige und aufsehenerregende Fall, in dem ein Staat in unseren Tagen die völlige Abrüstung vorschlug, ereignete sich anlässlich der 4. Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission im November 1927 in Genf. Das von Litwinow dargelegte sowjetrussische Programm verlangte: „Wir bringen hier selbstverständlich nur die entscheidenden Beschlüsse:

„die vollständige Abschaffung der Rüstungen . . . ; die Entlassung der gesamten stehenden Streitkräfte . . . ; den vollständigen Abbau der See- und Luftflotten“;

„die Auflösung aller besonderen Waffenfabriken“.

Die russische Regierung war außerdem bereit, sofort ein Staatenabkommen über das Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges zu unterzeichnen.

Die Russen haben trotz Ablehnung, die dieses Programm fand, an der Kommission teilgenommen, die für die jetzt am 2. Februar eröffnete Konferenz einen Entwurf vorbereiten sollte. Sie haben den von Litwinow 1927 eingebrachten Vorschlag nicht wieder eingereicht, aber sie sind, wie Lunarscharsky am letzten Sitzungstag im Dezember 1930 sagte, auch fortan allen Bestrebungen entgegengetreten, die dahin führen, „die Abrüstung von der Sicherheit abhängig zu machen“. Unter „Sicherheit“, diesem Begriff, der bei allen Abrüstungsdebatten eine so bedeutsame Rolle spielt, versteht man Einrichtungen, die die Durchführung eines Beschlusses einer mit Macht ausgerüsteten Exekutive anvertrauen. Der Vorschlag Sowjetrußlands beruht also darauf, den Frieden der Völker nicht davon abhängig zu machen, daß erst ein solcher Apparat aufgebaut wird, sondern den Krieg durch eine völlige Entwaffnung aller Staaten auszuschließen.

Zu diesem radikalen Vorschlag, wie ihn die Russen in Genf vertreten haben, gesellt sich ein Vorschlag, der zwar von der Allgemeinheit weniger fordert, aber dafür den Anspruch erhebt, eher durchführbar zu sein. Dieser Vorschlag schiebt den einzelnen Regierungen die Initiative zu, unabhängig von dem Verhalten der anderen selber die eigene Entwaffnung vorzunehmen. Er ist vertreten worden von der Organisation der französischen Vereinigung pazifistischer Kriegsteilnehmer, die augenblicklich einen starken Zuwachs an Mitgliedern hat. Diese Organisation hat den Vorschlag propagiert, daß die ehemaligen Siegerstaaten des Weltkrieges die völlige Abrüstung vornehmen sollten. Wir haben im „Funken“ (vom 15. Januar) für die deutsche Regierung einen entsprechenden Vorschlag aufgestellt.

Die Gruppe derer, die den Mittelweg einschlagen, durch schrittweise Abrüstung die Kriegsgefahr herabzumindern, zählt selbstverständlich die meisten Anhänger. Dieser Standpunkt einer Herabsetzung der nationalen Rüstungen ist nach dem Weltkrieg zum ersten Male in dem berühmten Artikel 8 der Völkerbundsatzung niedergelegt worden. In diesem Artikel bekennen sich die Bundesmitglieder zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen erfordere, und zwar auf das Mindestmaß, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durch-

### Brüning über „Abrüstung“.

#### Brünings Genfer Rede.

Wir bringen im folgenden das Wesentliche aus der Rede des deutschen Kanzlers, die er am 9. Februar morgens vor der Abrüstungskonferenz gehalten hat:

Die Stunde für die Beratungen ist gut gewählt, denn die Auffassungen der Menschheit sind ohne Zweifel in der Abrüstungsfrage in einem bedeutsamen Wandel zu fortschrittlicherer und veredelter Form zwischenstaatlichen Denkens und Handelns begriffen . . . Es gilt, den Blick fest, frei und unvoreingenommen nach vorwärts zu richten, und die große, nicht wiederkehrende Gelegenheit zu nutzen, die unsere Zusammenkunft in sich schließt . . . Der Wille zum wahren Frieden, ein Gebot der christlichen Gesinnung, das ist das erste wesentliche Erfordernis, das jeder der an dieser Konferenz beteiligten Staaten mitbringen muß, wenn sie einen Erfolg haben soll . . . Ich bin überzeugt, daß auch jede der hier vertretenen Regierungen, wünscht, daß es ihr gelingen möchte, die Lebensziele ihres Landes auf friedlichem Wege zu erreichen . . . Daher begrüßen wir die Gesinnung, die vor einiger Zeit der leitende Staatsmann einer Großmacht drastisch zum Ausdruck gebracht hat, indem er sich bereit erklärte, sein Land bis auf 10 000 Gewehre abzurüsten, vorausgesetzt, daß keine andere Nation mehr behält . . . Die Abrüstung kann eine Realität schaffen, die in ihrer Wirkung unverkennbar und unbestreitbar vor Augen steht und deshalb wie nichts anderes das Vertrauen der Völker zu stärken vermag. Die wirtschaftliche Not der Welt beruht im gegenwärtigen Zeitpunkt zweifellos in erster Linie auf den poli-

tischen Zahlungen und den übertriebenen und ungleichen Rüstungen . . . Nein, meine Damen und Herren, es gibt nichts, was uns, die wir hier versammelt sind, von der Verantwortung für das Nichtzustandekommen einer klaren Lösung für die allgemeine Abrüstung freisprechen könnte . . . Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk fordern nach der eigenen Entwaffnung die allgemeine Abrüstung . . . Die deutsche Delegation kann aber zum Ausgangspunkt der praktischen Arbeiten nicht den Konventionentwurf nehmen, den die vorbereitende Kommission ausgearbeitet hat. Dieser Entwurf entspricht nicht den Erfordernissen des Tages. Er ist lückenhaft und schweigt über wesentliche Punkte . . . Das deutsche Volk trägt in seinem Herzen jenen aufrichtigen Friedenswillen, von dem ich vorhin gesprochen habe . . . Es wird keinen Vorschlag geben, zu dessen objektiver Prüfung die deutsche Delegation nicht bereit wäre . . . Ich erkläre hiermit, daß Deutschland vor dieser Hohen Versammlung mit allem Nachdruck eintrifft für eine allgemeine Abrüstung, die für alle Völker nach denselben Grundsätzen durchgeführt wird und für alle Völker ein gleiches Maß von Sicherheit schafft.

Wie allseitig behauptet wird, hat die Rede auf nahezu alle Delegierte einen starken Eindruck gemacht. Allerdings wird betont, daß es sich bei der Zustimmung um den Ernst und die Würde und die Mäßigung des deutschen Vertreters gehandelt habe. Wir glauben auch, daß es in der Hauptsache die Zurückhaltung BRÜNING'S war, noch besser: die zu nichts (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

### Helldorf freigesprochen.

#### 100 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung.

#### Die Verführten kommen ins Gefängnis.

h Berlin, 9. Februar.

In dem Kurfürstendammprozeß gegen die Teilnehmer an dem Pogrom am jüdischen Neujahrsfest (12. September 1931) wurde folgendes Urteil verkündet:

Von den 41 Angeklagten wurden 20 angeklagte Nationalsozialisten freigesprochen, 17 angeklagte Nationalsozialisten wegen einfachen Landfriedensbruchs zu je sechs Monaten Gefängnis, ein weiterer wegen schweren Landfriedensbruchs zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Der Jungstahlhelmführer BRANDT erhielt wegen einfachen Landfriedensbruchs vier Monate Gefängnis.

Graf HELLDORF und dessen Hauptkumpan ERNST wurden von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen und lediglich wegen öffentlicher Beleidigung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Praktisch der Freispruch des Anführers des feigen Unternehmens, die Kapitulation des Gerichts vor dem nationalsozialistischen Terror. Für die darniederliegende Arbeiterschaft ein neuer Schlag. Möge es einer von denen sein, die uns die Aufgabe des Tages ins Bewußtsein hämmern: zu einer Einheitsfront gegen solche Schläge zusammenzutreten. Wir kommen auf den Prozeß zurück.

### Über sechs Millionen erwerbslos.

g Berlin, 9. Februar.

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen belief sich am 31. Januar auf 6 041 000. Sie ist gegenüber dem 15. Januar um 75 000 gestiegen, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte 298 000 betragen hatte. Im Vorjahre stieg die Arbeitslosenzahl in der zweiten Januarhälfte um 122 000, blieb damit aber noch nahe unter fünf Millionen.

Nach den Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende Januar in der Arbeitslosenversicherung 1 885 000, in der Krisenfürsorge 1 596 000 Hauptunterstützungsempfänger ge-

zählt; die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen betrug 1,7 Millionen. Von einer Zunahme um insgesamt 155 000 entfielen 106 000 auf die Arbeitslosenversicherung, 49 000 auf die Krisenfürsorge.

### Wieder zwei Todesopfer.

f Hindenburg, 9. Februar.

Auf der Sosniza-Grube sind durch den Zusammenbruch einer Strecke der Heuer POGANUCH und der Fördermann HERMANN OGON tödlich verunglückt.

führung der internationalen . . . Verpflichtungen vereinbar ist. Der Völkerbundsrat erhielt die Aufgabe, die damit geforderten Abrüstungspläne vorzubereiten.

Diesem unter dem Eindruck des Weltkrieges und seiner Zerstörungen im Jahre 1919 abgegebenen Versprechen folgte nach zehnjähriger Vorbereitungsarbeit der Konventionentwurf, der für die jetzige Abrüstungskonferenz vorliegt. Er wird beherrscht und in seiner Tragweite erläutert durch den ersten Artikel. Dieser Artikel lautet:

„Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, . . . ihre Rüstungen zu begrenzen und nach Möglichkeit herabzusetzen.“

Wer diesen Einleitungspassus gelesen hat, wird von den nachfolgenden 59 Artikeln nicht mehr allzu viel erwarten.

Die Vorschläge zur Begrenzung der Rüstungen beziehen sich auf die Streitkräfte in Friedenszeiten, auf die Länge der Dienstzeit, — und auf die Einsetzung einer ständigen Ab-

rüstungskommission. Chemische und bakteriologische Kriegsführungsmethoden sollen verboten werden. Die Möglichkeit, unter gewissen Bedingungen von den Bestimmungen des Konventionentwurfs abzuweichen, falls die nationale Sicherheit gefährdet ist, wird ausdrücklich vorbehalten.

Während einige Delegationen in dem Schlußbericht der Kommission ihrer Enttäuschung über den Entwurf Ausdruck gaben, wurde diese Ansicht von der Mehrheit keineswegs geteilt. Im Gegenteil, sie glaubte, daß die erzielten Ergebnisse „als wichtige Etappe auf dem Weg zur Abrüstung“ anzusehen seien.

Diesem Konventionentwurf hat sich heute die englische Regierung angeschlossen. Der englische Außenminister SIMON, der am 8. Februar die Aussprache in Genf eröffnet hat, stellte fest, daß der Konventionentwurf „die beste Grundlage für die weitere Arbeit“ sei. Die englische Regierung bekenne sich dazu, daß die Abrüstung durch zwei Methoden

erreicht werden könne, nämlich durch die Fortsetzung einer Höchstgrenze der Rüstung und durch eine Ausschließung bestimmter kriegerischer Methoden. In bezug auf die Herabsetzung der Heeresabgaben machte er einen bestimmteren Vorschlag; eine Verminderung derselben um 25 Prozent sei unbedingt nötig. Ebenso schlug er ausdrücklich die völlige Abschaffung der Unterseeboote, der Gasbomben und chemischen Kriegsführung vor.

Auch die amerikanische Regierung hat durch den Botschafter GIBSON den Konventionentwurf anerkannt. Die Vereinigten Staaten gehen in ihren Abrüstungs-Forderungen über die englischen Vorschläge nur insofern hinaus, als sie außer der Abschaffung der Unterseeboote die Anwendung bestimmter Waffen, z. B. von Tanks ausschließen wollen.

Die deutsche Regierung schließt sich dem Standpunkt Englands und Amerikas durchaus an. Auch sie fordert Rüstungsverminderung und nicht eine schon jetzt zu fordernde allgemeine völlige Abrüstung. Sie beruft sich für diesen Standpunkt allerdings nicht auf den Konventionentwurf, sondern auf den Artikel 8 der Völkerbundsatzung. Sie vertritt den Standpunkt der gleichen Abrüstung für alle, gemäß dem gemeinsamen und feierlichen Bekenntnis der Sieger des Weltkrieges, das „die allgemeine Herabsetzung und allseitige Beschränkung der Rüstungen als eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung“ erachtet habe.

Zu diesen, die Bahnen des Konventionentwurfs und der kriegerischen Ausschreitungen nicht zerstörenden Vorschlägen dreier Regierungen treten, der gleichen vormaligen Gruppe angehörend, aber schärfer und greifbarer in ihren Vorschlägen, drei weitere Abrüstungs-Forderungen. Als erster Vertreter ROBERT CECIL, der ehemalige Völkerbundsdelegierte Englands, der in der Genfer Konferenz die Gelegenheit sieht, „wichtige Dinge wieder einmal als wichtig erscheinen zu lassen“. Er schreibt: „Es kann keine Kriege geben, es sei denn, daß ein Volk das andere angreift. Deswegen ist es am wichtigsten, zunächst jene Rüstungen zu beschränken, die einen Angriff möglich machen. . . Das Vorhandensein einer solchen Angriffskraft verursacht zum größten Teil die internationalen Befürchtungen und Verdächtigungen.“ Zu solchen Angriffswaffen gehören: Tanks, Bombenflugzeuge, Unterseeboote, große Schachtschiffe, Giftgas. Die Abschaffung „dieser modernsten Werkzeuge des Todes . . . sollte die erste Aufgabe der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz sein“.

Während so CECIL wenigstens den ersten konkreten Schritt nennt, den er für unerlässlich hält, weist ein anderer Engländer, LLOYD GEORGE, der bekannte Führer der Liberalen, zunächst auf den Bluff hin, den die Regierungen bei einer ihnen zugemuteten Beschränkung ihres Wehretats bewerkstelligen werden. Der Weg zu einer Abrüstung wird nach seiner Meinung nur dann erfolgreich beschritten, wenn die Völker außer einem Verzicht auf ihre starken Angriffswaffen von der militärischen Ausbildung großer Teile ihrer Nationen Abstand nehmen und die Möglichkeit beseitigen, schnell und in großer Menge Munition herzustellen.

Dieser bedeutungsvolle Punkt, die Beschränkung der Fabrikation von Kriegsmaterial, steht im Mittelpunkt der Vorschläge, die der Internationale Gewerkschafts-Bund zur Eröffnung der Abrüstungskonferenz herausgegeben hat. Schon 1924 hat der IGB in einer Völkerbunds-Kommission, in der er vertreten war, die internationale Kontrolle des Waffenhandels gefordert, weil die Herstellung von Kriegsmaterial von den Vertretern der Arbeiterschaft für „die Grundsache des Rüstungsübens“ angesehen wird. An dem heute vorliegenden Konventionentwurf, an dessen Zustandekommen Arbeiterdelegierte nicht mehr teilhatten, übte der Generalsekretär des IGB, SCHEVENELS, die Kritik, daß dieser Entwurf bestenfalls „die Stabilisierung eines für jede kriegerische Schandtat ausreichenden Vernichtungsapparats“ sei.

Gegenüber diesen Vertretern von Rüstungsbeschränkungen kommen wir nunmehr mit einem deutlich spürbaren Ruck wieder in ein freieres Feld, nämlich zu jenen Vertretern einer Völkerverständigungs-Politik, die zwar im Gegensatz zu den russischen Anschauungen und erst recht zu denen der langsam marschierenden Mitte die militärische Sicherung ihrer berechtigten Interessen allen bloßen Abrüstungen überordnen wollen. Diese Anschauung hat heute ihren stärksten Vertreter in Frankreich. Sie hat in dem von TARDIEU einge-

reichten Programm einen Niederschlag gefunden, der in Genf wie eine Bombe hineingeplatzt ist und heute der schärfsten Diskussion untersteht.

Der französische Vorschlag sieht vor, daß erstens eine Reihe besonderer Waffen, besonders Kriegsflugzeuge und bestimmte Schiffstypen dem Verfügungsrecht des Völkerbundes unterstellt werden. Er fordert zweitens, daß die zivile Luftfahrt internationalisiert und der Gaskrieg völlig verboten wird. Er fordert drittens eine internationale Polizei, die zur ständigen Verfügung des Völkerbundes steht. Der Entwurf stellt sich nicht auf den Standpunkt einer weitgehenden Abrüstung der einzelnen Staaten, ja er nennt nicht einmal reale Angaben, die für eine Rüstungsbeschränkung bindend sein könnten. Er fordert statt dessen allgemeine und gegenseitige Garantieverträge zwischen den Völkern, weil er darin gegenüber der Abrüstung den höheren Grad der Friedenssicherung erblickt.

Die Vorschläge TARDIEUS werden von den französischen Liberalen, insbesondere den Radikal-Sozialisten, verworfen, nicht darum, weil sie zu weitgehend seien, sondern weil der französische Regierungsvorschlag das Verhältnis der nationalen Armeen zu der geplanten internationalen Macht nicht klar genug gekennzeichnet hat. Die Radikal-Sozialisten verlangen, daß das überstaatliche Heer eine Macht repräsentieren soll, die stärker als jede Vereinigung einzelner Mächte, mit anderen Worten, sie verlangen die Ohnmacht nationaler Eroberer gegenüber der Exekutivorgane des Völkerbundes.

Diese Konsequenz hat LEON BLUM, der Führer der französischen Sozialdemokraten, ohne seine eigene Stellung festzulegen, mit voller Deutlichkeit erkannt. „Die internationale Armee und der internationale Friede, zu dessen Hüterin sie bestellt ist, setzen die völlige und bedingungslose Abschaffung der nationalen Armeen voraus.“

Mit diesem Vorschlag der Radikal-Sozialisten, die hiemit ihren Namen nicht zu Unrecht tragen, schließen wir die Reihe von Stimmen zur Abrüstungsfrage, die für eine Erörterung in Betracht kommen. Diese Reihe reicht von Sowjet-Rußland hinüber bis zu ihren westlichen Gegenspielern, den Franzosen. Wir haben hier nicht die treibenden Motive in Erwägung gezogen, die hinter diesen Vorschlägen stehen. Darüber wird am Ende der Konferenz ein Wort zu sagen sein. Uns kam es hier darauf an, einen Ausgangspunkt zu gewinnen für eine Diskussion über das Problem heute vorliegender Abrüstungsmöglichkeiten. Als Sozialisten werden wir bald zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen. Die Dringlichkeit einer solchen Stellungnahme für jeden Arbeiter wird durch die folgende statistische Erhebung, die ein Engländer aufgestellt hat, unterstrichen:

Der Völkerbund kostet Großbritannien rund 78 000 M — jeden Tag.

Die Rüstungen kosten Großbritannien rund 29 000 M — jede Minute!

### Brüning über „Abrüstung“.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)  
verpflichtende Allgemeinheit seiner Formulierungen, die die Anwesenden beruhigte, unter denen auch Japaner waren. Jeden Freund der Abrüstung muß diese Rede BRÜNINGS, der selber in richtiger Erkenntnis von Deutschlands „Entwaffnung“ spricht und nicht von seiner „Abrüstung“, enttäuschen.

### Der Standpunkt Amerikas.

Der amerikanische Botschafter GIBSON erklärte: Das amerikanische Volk ist davon überzeugt, daß das System der Wettrüstungen, der Allianzen und Gegenallianzen, das seit Jahrhunderten in Europa besteht, nicht geeignet gewesen ist, den Frieden aufrechtzuerhalten, vielmehr zu Kriegen geführt hat, deren Ergebnisse gleichvernichtend für Sieger und Besiegte waren.

Der amerikanische Botschafter legte dann in neun Punkten den amerikanischen Standpunkt zur Abrüstungsfrage vor, der nicht wesentlich konkreter war als der BRÜNINGS. Immerhin handelt es sich bei diesem Vorschlag schon um greifbare Forderungen, wie z. B. Abschaffung der U-Boote, des Gas- und chemischen Krieges, wenn auch noch kein Wort darüber verloren wird, wie diese Abschaffung vor sich gehen soll.

### Die Rede Grandis.

Der italienische Außenminister GRANDI brachte ebenfalls keine neuen Anregungen in die bisherigen Reden hinein. Seine Vorschläge bewegten sich etwa auf der gleichen Linie wie die von USA und England.

### Der Ferne Osten.

Am Dienstagnachmittag wurden die Wusung-Forts von den Japanern erneut schwer beschossen. Unter der Deckung dieser Beschießung wurden über 2000 Soldaten eingesetzt, um die Forts zu stürmen. Die Chinesen konnten den Angriff zurückschlagen.

Bei dem Bombardement fielen einige Granaten in die internationale Niederlassung Schanghais, wodurch eine Engländerin verletzt wurde.

Aus Tokio wird gemeldet, daß 5000 japanische Staatsangehörige aus Schanghai in Osaka eingetroffen sind. In der nächsten Woche sollen weitere 10 000 Japaner Schanghai verlassen, die auf Staatskosten nach Japan gebracht werden sollen.

Das japanische Kabinett hat beschlossen, zur Deckung der Kosten des mandchurischen Feldzuges am 1. März eine Anleihe in Höhe von 34 Millionen Yen (etwa 50 Millionen Mark) aufzulösen.

Die Telegraphenagentur der Sowjet-Union teilt mit, daß der chinesische Finanzminister dem japanischen Geschäftsträger in Schanghai, SIGIMITSU, vorgeschlagen haben soll, unter der Beteiligung der Gesandten Amerikas, Englands und Frankreichs eine chinesisch-japanische Konferenz in Schanghai einzuberufen. Diese Konferenz solle u. a. auch die mandchurische Frage behandeln. Der japanische Geschäftsträger habe auf diesen Vorschlag nichtssagend geantwortet.

General MA, der noch vor kurzem mitteilen ließ, er wolle die Mandchurei zurückerobern, hat inzwischen das japanische Oberkommando verständigt, daß er seinen Kampf gegen Japan aufgäbe und bereit sei, sich entwaffnen zu lassen.

TSCHIANGKAISCHER hat in einem Aufruf erklärt, daß die chinesische Regierung Maßnahmen zum Schutz ihrer Rechte treffen werde, wenn der Völkerbund es unterließe, einen Druck auf Japan auszuüben.

Am Dienstag ist in Schanghai ein Bataillon französischer Infanterie aus Tientsin gelandet worden.

33 japanische Kriegsschiffe sind vor den Forts zusammengezogen worden. Bei der Beschießung dieser Schiffe haben die Chinesen der internationalen Niederlassung beträchtlichen Schaden angetan. Der Bürgermeister der Niederlassung richtete darauf ein Ultimatum an die Chinesen, worin er sie forderte, solche Schäden künftig zu vermeiden; anderenfalls würden Truppen der neutralen Mächte die chinesischen Geschütze zerstören. Allo Ausländer haben den am meisten gefährdeten Bezirk, in dem die japanischen Verteidigungsstellen liegen, geräumt. — Warum zerstören die Neutralen diese japanischen Stellungen nicht?

Im französischen Haushaltsausschuß wies HERRIOT darauf hin, daß „gewisse französische Industriepapiere“ infolge des chinesisch-japanischen Konflikts an der Börse bereits gestiegen seien. Ein rechtsgerichteter Abgeordneter erwiderte, daß gerade er sich als Bürgermeister einer Stadt, die stark unter der Arbeitslosigkeit leide, nicht beklagen dürfe, wenn den Arbeitern Arbeit gegeben würde.

In ähnlich zynischer Weise ging die Völkerbundstagung vom Dienstagnachmittag, die sich wieder einmal mit dem Konflikt im Fernen Osten beschäftigte, an dem Appell der Chinesen vorbei. Die Behauptung des japanischen Botschafters SATO, die japanische Regierung habe die Absicht, in nächster Zeit die Feindseligkeiten einzustellen, wurde mit allgemeinem Gelächter beantwortet. Nach mehrstündigen inhaltslosen Verhandlungen vertagte der Ratspräsident die Sitzung, um zunächst das Ergebnis der chinesisch-japanischen Besprechungen über die Schaffung neutraler Zonen abzuwarten.

## WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(31. Fortsetzung.)

Er zieht sich rasch ins Zimmer zurück.

Laroque, ebenfalls noch im Fliegerdrell, erscheint in der Tür, die Mappe im Arm.

„Laroque! Vor zwölf Stunden hatten wir reinere Luft in der Nase!“ versuchte Brandt zu scherzen.

Laroque setzt sich an die Schmalseite des Tisches und zeigt sein verschlossenes Lächeln. „Vielleicht muß unsere Erde wirklich erst gekreuzigt werden“, spöttelte er, „ehe es eine Auferstehung gibt.“

Im Vorzimmer, das dem Arbeitsraum des Ministers vorgelagert ist, räkelt sich zwischen dicken Polstern Ministerialdirektor Rougemont, Kanzleidirektent des Amtes. Er zieht an der Zigarette, die ihm lässig aus einem Mundwinkel hängt und die er nur herausnimmt, um zu gähnen.

Am Fenster steht Dr. Lobert, der Pressechef. „Unheimlich . . . unheimlich, die Massen da unten . . .“ murmelt er halbblau. „Ganz Paris ist mit Elektrizität geladen, jeden Augenblick könnte eine Entladung erfolgen. . . .“ Er dreht sich um und sieht Rougemont an.

„Solche Nächte fressen die Nervensubstanz auf“, lacht der Ministerialdirektor. „Wenn ich nicht meine acht Stunden Nachtschlaf habe, bin ich unbrauchbar.“

Lobert durchmisst mit Eilschritten das Zimmer. „Der Minister muß mich jetzt unbedingt verlassen!“ ruft er ungeduldig aus. „Wie lange soll ich noch hier antichambrieren? Unten warten drei Dutzend Pressevertreter auf mich die bedient sein wollen! Die Öffentlichkeit verlangt Aufklärung! Informationen! Es kocht überall wie in einem Hexenkessel. Die Leute haben die Wahnvorstellung, als ob mit der Landung des ‚Helios‘ plötzlich alles in Butter schwimmt. Wie

soll denn der Minister Brandt im Handumdrehen den verfahrenen Karren wieder flottmachen! Ehrlich gesagt, es ist alles eine heillose Schweinerei!“

Durch den Türspalt guckt der haarlose Kugelkopf des Abgeordneten Paumier herein. „Verzeihung, meine Herren, Baron Saint Brice soll hier sein?“

„Nein, er ist vor zwanzig Minuten weggefahren“, antwortet Rougemont, ohne seine Ruhestellung zu verändern.

„Na? Und Brandt . . .?“ Paumier tritt mit gespannten Kulleraugen ganz ins Zimmer.

Rougemont deutet wortlos mit dem Kopf zur hinteren Tür.

„Jetzt geht der Tanz erst los, meine Herren!“ grollt Lobert.

Paumier kullert mit den Stiläugen. „Ja, es kriselt und knistert schon. . .“

„Passen Sie auf! Demnächst kracht es!“ schimpfte Lobert weiter.

Rougemont schlägt die Beine übereinander und lacht lautlos mit schiefen Mundwinkeln. „Und nach außen hin machte unser Koalitionskabinett einen so erhebenden Eindruck! Alle Parteien mit Ausnahme der radikalen Flügel am Regierungstisch — Symbol des einträchtigen Frankreich!“ Die Ironie tropft ihm von den Lippen.

„Es wird höchste Zeit, daß das Parlament mitrodet!“ fällt Paumier ein, während er mit dem Taschentuch den nassen Schädel abtupft. „Herr Brandt soll sich nicht einbilden, daß wir auf sein kriegsscheues Steckpferd eingeschworen sind. Wir verlangen jetzt Taten!“

Lobert lacht giftig. „Pulver und Giftgase, was? Nur weil in Albanien ein paar Idioten geknallt haben! Blöde! Total blöde!“

„Wir rechnen morgen in der Kammer mit Herrn Brandt ab!“ orobst sich der Abgeordnete von neuem. „Wir haben den pazifistischen Schwindl zum Speien satt!“

„Blöde! Absolut blöde!“ schimpfte Lobert weiter. Der Ministerialdirektor gähnt hinter der vorgehaltenen Hand. „Du lieber Gott, letzten Endes ist es ja doch das Schicksal, das die geladenen Gewehre abdrückt. . . Was er noch sagen will, bleibt ihm in der Gurgel stecken. Feindselig

blickt er zur Tür. Rhée Landrux tritt mit schwingvoller Energie herein.

„Ich muß sofort Herrn Brandt sprechen. Ist er drinnen?“ Sie will an Rougemont vorbei zur hinteren Tür.

Der Ministerialdirektor steht baumlang und mager vor der Hintertür. „Herr Minister empfängt jetzt keine Seele!“ Er hebt die Hand wie ein Gralswächter.

Die Landrux sieht ihn lachend von oben bis unten an. „Beruhigen Sie sich, Herr Rougemont. Ich habe eben telefonisch mit Herrn Brandt gesprochen, er erwartet mich.“ Sie schiebt den Hüter der Schwelle ohne weiteres zur Seite, klopft an die Tür und verschwindet im Arbeitszimmer.

Die drei Herren sehen einander bekümmert an.

„Unglaubliches Frauenzimmer!“ faucht Paumier. Lobert lacht prustend.

„Ja, ja, seit das Koalitionskabinett am Ruder ist, herrscht bei uns ein handfestes Bönen!“ sagt Rougemont gallig.

„Was will eigentlich das Weibstück dauernd hier am Quai d'Orsay?“ Paumier klappert mit seinen Kulleraugen.

„Passen Sie auf!“ höhnt Lobert. „Die Landrux endet sicher noch einmal auf einem Ministersessel!“

Kurzes Schweigen. Der Abgeordnete zerrt an seinem zu engen Halskragen. „Es riecht verflucht nach Diktatur der Straße! Die Marxisten versauen uns den ganzen Erdball!“

„Herr Brandt hat mit Marxismus herzlich wenig gemein“, wirft Lobert ein.

„Ach was, der Mann ist überspannt. Es wird Zeit, daß da drinnen ein anderer Windzug weht!“ Paumier deutet mit dem Daumen über die Schulter zur hinteren Tür.

Lobert grinst: „Ministersessel gefällig, Herr Abgeordneter?“

Paumier steht breitspurig da: „Meine Partei setzt sich mit Brandt nicht an denselben Tisch. Aber vielleicht stürzen wir morgen diesen Herrn!“

„Dann ist's bis zur Mobilmachung nicht mehr weit!“ kichert der Pressechef wütend.

Paumier lacht verächtlich. „Macht nur weiter in Pazifismus und Völkerbrei. Das dicke Ende kommt nach. Hab ich nicht recht, Herr Ministerialdirektor?“

(Fortsetzung folgt.)



## Katholische Reichswehrbetrachtungen.

### Poesie.

#### Blast Brandalarm!

Im katholischen Kirchblatt für das Dekanat Bochum vom 31. Januar 1932 steht zu lesen:

Wächter im Turm, blast Brandalarm!  
Fern im Osten, am Horizont,  
Blitz schon und dröhnt die rote Front,  
Und — dunkle Nacht — und roter Stern  
Sind — weiß Gott — nicht gar zu fern.  
Männer seid wach!  
Stählt den Arm!

Solche Verse wollen wir uns merken, damit auch wir von unserer Seite der Kirche ins Gesicht sehen. Heraus aus der Kirche und herüber zur proletarischen Front!

### Prosa.

„Es ist festgestellt worden, daß nur etwa 15 Prozent unserer Reichswehrgenährten Katholiken sind, d. h. also, der Anteil des katholischen Volksteils an der Reichswehr viel zu gering ist. 30 Prozent müßten es wenigstens sein. Wenn man weiter bedenkt, wie wichtig eine solche Formation gerade in unserer unruhigen Zeit ist, darf es uns nicht gleichgültig sein, wer in der Reichswehr drinsteht. Und ferner, nach 12jähriger Dienstzeit treten dann die Reichswehrosoldaten mit einem Zivilversorgungsschein zum größten Teil in die

### Werbt Leser für Eure Zeitung!

mittlere Beamtenlaufbahn hinein. Wenn wir jetzt nicht aufpassen, geht dem katholischen Volksteil wiederum, wie früher, ein Stück sicher bezahlter Lebensberufe verloren. Unser Jungmänner-Diözesanbüro in Halberstadt hat schon in vielen Fällen seit Jahren Vermittlung übernommen. In sehr vielen Fällen mit Erfolg.

Ebenso geht es mit der Meldung zur Schutzpolizei. Auch hier kann vermittelt werden.

Die Militärverwaltung und Marino bzw. Polizeischule ist auch dankbar für ein Zeugnis über geschehene religiöse Vorbereitung des Rekruten bzw. Polizeianwärters. Die könnte von Vierteljahr zu Vierteljahr in unserm Jugendheim Huysburg stattfinden. Unkosten 10 Mark.

Der Eintritt zum Militär und zur Schutzpolizei ist auch eine Versorgung für die Zukunft und Sicherung kommender Lebensstellung.

Treu Heil! Diözesanpräses.“

Diese Betrachtung eines Diözesanpräses entnehmen wir der „Elbwart“, einer Beilage der „Sächsischen Zeitung, Tagblatt der Katholiken Mitteldeutschlands“, vom 1. Februar. Eine merkwürdige Vermischung von Politik, Geschäft und Christentum.

Besonders lehrreich ist der Hinweis, daß das Jungmänner-Diözesanbüro nicht nur streitbare Christen, sondern auch streitbare Militaristen „mit Erfolg“ vermittelt. Wieviele Republikaner werden wohl von republikanischen Büros mit Erfolg vermittelt? Sicher keiner! Sie haben ja auch häufig nicht den Schein bei sich mit dem Vermerk „Religion gut!“ („Unkosten 10 Mark.“)

Es lohnt sicher, daß eine gewissenhafte Statistik gemacht würde über die Anzahl der Reichswehrosoldaten, die Republikaner sind.

## Neues aus der Naturwissenschaft.

### 1. Das Wachstum des Krebsgewebes.

Bei der großen Bedeutung, die den Krebskrankheiten des Menschen zukommen, ist es verständlich, daß sich die medizinische Wissenschaft eifrig bemüht hat, die Natur des Krebsgewebes zu erforschen. Schon vor Jahren ist es gelungen, krebserkrankte Gewebe von Tieren auf geeigneten Nährböden (es handelt sich dabei vorwiegend um Mischungen von Eiweißstoffen) außerhalb des Tierkörpers zu züchten. Das ist beinahe ausschließlich sehr wertvoll, um die Wachstumsbedingungen und den Stoffwechsel des Krebsgewebes zu untersuchen. Einer Erklärung bedarf vor allem die Tatsache, daß das kranke Gewebe immer weiter wächst und so den tierischen oder menschlichen Körper gefährdet. Nach neueren Untersuchungen scheint es, daß die kranken Zellen mehr als andere durch geringe Verwundungen zu gesteigertem Wachstum veranlaßt werden. Gegen schädliche Einflüsse sind die Zellen weniger widerstandsfähig als normale und haben daher nur eine kurze Lebensdauer. Zerfallsprodukte abgestorbener Zellen wirken aber (auch bei normalem Gewebe) fördernd auf die Zellteilungsfähigkeit. Das schnelle Wachstum der bösartigen Geschwülste erklärt sich also aus der geringen Widerstandsfähigkeit und der damit verbundenen kurzen Lebensdauer der Zellen. Es bleibt noch zu erforschen, wie sich die geringe Widerstandsfähigkeit im einzelnen erklärt.

### 2. Blütenbesuch durch Bienen und Hummeln.

Es ist lango bekannt, daß die Hummeln und Bienen besser als andere Insekten geeignete Blüten für das Honigsammeln aufzufinden vermögen. Bienen und Hummeln zeigen nämlich „Blumenstetigkeit“: Sie besuchen nur solche Blüten, in denen sie einmal reichlich Honig festgestellt haben. Farben- und Geruchssinn kommen ihnen hierbei zu Hilfe; hat also z. B. die Blüte mit reichlichem Honig eine rote Farbe, so suchen die Hummeln vorwiegend rote Blumen auf. Es kommt aber auch vor, daß die Hummeln zwei verschiedenfarbige Blüten besuchen; z. B. roten Klee und gelben Löwenzahn. Dies Verhalten ist neuerdings genauer untersucht worden. Haben sich

# Die Arbeitslosigkeit in Paris.

Von unserem Pariser Mitarbeiter.

G. K. Paris, Anfang Februar 1932.

Ich habe Anfang Januar an dieser Stelle darüber berichtet, daß der Kardinal VERDIER den Bau vieler neuer Kirchen in den Vororten angeordnet hat, um „die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen“. Ich habe damals die Frage aufgeworfen, wie sich die Gewerkschaften zu einem solchen Anerbieten stellen. Darüber gab mir kürzlich ein Führer der Bauarbeitergewerkschaft eine Auskunft, die zugleich kennzeichnend ist für die Lage in den meisten Gewerkschaften in Paris. Natürlich sind die aktiven Gewerkschafter gegen die Arbeit auf den Bauplätzen der Kirche. Seit langem haben die Gewerkschaften des Baugewerbes beschlossen, sich unter keinen Umständen am Bau von Kirchen, Gefängnissen und Kasernen zu beteiligen. Vor der Krise ist diese Bestimmung streng eingehalten worden. Ja, noch mehr: vor dem Kriege war die Gewerkschaft so stark, daß sie auch manchem Nichtorganisierten von solchen Arbeiten fernhalten konnte. In der Tat, die „terrassiers“ (die die Ausschachtungen auf den Bauplätzen vornehmen) hatten in Paris vor dem Kriege eine solche Macht, daß die Polizei ihnen auf der Straße nicht entgegenzutreten wagte.

Aber heute ist darin vieles anders geworden. Bei Gefängnisbauten, die kürzlich vorgenommen wurden, beteiligten sich auch Gewerkschafter. Erst recht konnte man die unorganisierten Bauarbeiter, meistens Nichtfranzosen, nicht von diesen Arbeiten fernhalten. Schon seit der Gewerkschaftspaltung im Jahre 1922 ist es mit der Macht der Gewerkschaften vorbei. Die große Arbeitslosigkeit während der Krise hat ein übriges getan, alle Aktionen außerordentlich zu erschweren. Die Gewerkschaften hindern daher ihre Mitglieder auch nicht daran, sich am Kirchenbau zu beteiligen. Lohnkürzungen oder Entlassungen mit nachfolgender Wiedereinstellung bei geringeren Löhnen sind an der Tagesordnung, ohne daß viel Aufhebens davon gemacht wird. Denn in den meisten Fabriken bestehen keine Tarifverträge oder auch nur Abmachungen mit der Gesamtbetriebschaft; die Unternehmer können also von heute auf morgen, ohne weitere Ankündigung, eine Lohnsenkung vornehmen.

Einer der Umstände, der die Lage der Arbeitslosen in Frankreich besonders erschwert, ist die Tatsache, daß so gut wie gar keine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit besteht. Auch davon ist schon früher hier die Rede gewesen. Ich habe aber damals keine Erklärung dafür gegeben, wieso „fast niemand“ gegen Arbeitslosigkeit versichert ist. Denn es besteht seit 1928 in Frankreich ein Sozialversicherungsgesetz. In diesem Gesetz wird eine Zwangsversicherung vorgeschrieben, die das Risiko von Krankheit, vorzeitiger Invalidität, Alter und Todesfall decken soll und einen Teil der besonderen Lasten, die aus Familiennöten entstehen und aus Mangel an

Arbeit. Danach könnte es so klingen, als läge hier eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit vor. In Wahrheit handelt es sich aber, wie man bei genauerem Studium des Gesetzes entdeckt, darum, daß die Versicherung gegen Krankheit u. s. w. auch während der Arbeitslosigkeit noch eine Anzahl von Wochen weiterläuft, und daß zur Deckung der Beiträge während dieser Wochen ein Zuschlag zu den Grundbeiträgen in die wöchentlichen Zahlungen eingerechnet wird. Man ist also gewissermaßen gegen das Aufhören der Versicherung während einer Arbeitslosigkeit versichert, aber gegen nichts weiter. Mit Recht wurde bei der Diskussion der Gesetzesvorlage vor der Kammer darauf hingewiesen, daß durch den Titel des Gesetzes jeder irreführt würde, der sich nicht genauer mit seinem Inhalt befaßt. Tatsächlich besteht also trotz jenes Gesetzes in Frankreich keine staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Nur einzelne Gewerkschaften haben kürzlich Versicherungskassen für ihre Mitglieder eingerichtet. Aber wie wenig sich diese eingebürgert haben, kann man daran erkennen, daß man in Gewerkschaftsblättern die Aufforderung findet, der Kasse beizutreten und an erwerbslose Mitglieder die Aufforderung, von ihrem Recht der Unterstützung Gebrauch zu machen.

Daß eine solche Aufforderung nötig ist, erklärt sich natürlich aus der Neigung der französischen Arbeiter, alles das als demütigend zu empfinden, was auch nur nach Unterstützung aussieht. Wie schwer es den Arbeitslosen in der Tat wird, Unterstützungen in Anspruch zu nehmen, kann man auf den Beratungsstellen erkennen, die von den Gewerkschaften und der Sozialistischen Partei in den meisten Arbeiterstadtteilen eingerichtet sind. Zu bestimmten festgesetzten Zeiten nimmt dort ein Genosse Beschwerden und Klagen entgegen, meist in einem besonderen Raum in einem Gasthaus, oft auch an einem Tische im Gastzimmer selber. Er gibt Ratschläge darüber, was man tun soll, falls einem die Unterstützung verweigert wird. Er schreibt Einführungsbriefe an befreundete Stadträte, vermittelt oder gibt Unterstützungen. Aber die erwerbslosen Kollegen kommen nur zögernd, drücken sich lange an der Tür herum und mögen nicht mit ihrem Anliegen herausrücken. Uebrigens haben auch die Reaktionäre in den meisten Arbeiterstadtteilen solche Beratungsstellen eingerichtet, denen natürlich ganz andere Mittel zur Verfügung stehen. Die Verwalter dieser Stellen können leicht jemanden 50 oder 100 Frank geben, ohne daß sie andere Rechenschaft darüber schuldig sind. Ein angesichts der bevorstehenden Wahlen sehr wichtiger Vorteil! So versteht man, sich die Not der mittellosen Arbeitslosen zu politischen Zwecken nutzbar zu machen, ähnlich wie die Kirche sich der Arbeitslosigkeit zur Förderung ihrer eigenen kulturreaktionären Zwecke bedient.

## Revolte im Gefängnis.

Ein englischer Leser schreibt uns:

In dem Gefängnis Dartmoore haben 300 Gefangene einen Aufstand versucht. Die wahren Ursachen dringen natürlich nicht an die Öffentlichkeit. Einige Zeitungen schreiben von schlechtem Essen und schlechter Behandlung, andere von dem Versuch, die Flucht bestimmter Gefangener zu ermöglichen. Scheiben sind eingeschlagen worden; Dokumente und Bücher verbrannt; die Gefangenen haben versucht, Gebäude anzustecken; sie haben sozialistische Lieder gesungen.

Eine Polizeitruppe hat sehr schnell wieder „Ruhe und Ordnung“ hergestellt, eine Ruhe und Ordnung, die 80 Ver-

letzte gekostet hat. Im „New Leader“, der unabhängigen Arbeiterzeitung, finden sich Bruchstücke von Gefangenenerbriefen aus Dartmoore:

„Ich kann nicht schlafen; ich kann nicht lesen; ich finde keine Ruhe — mein Gott!“

„Dies ist schlimmer als der Tod. Man will es nicht glauben, daß ein Mensch so viel aushalten kann und noch am Leben bleiben. Hier herrscht der lebende Tod.“

„Dies Leben hier macht Menschen zu wilden Tieren, jedes bißchen bessere Gefühl wird ganz und gar aus mir herausgerissen. . . Falls Du mich im August siehst, erwarte einen Menschen zu sehen zwischen Mann und Tier — grausam und verwildert.“

die Hummeln einmal an die beiden Farben gewöhnt, so werden Blüten anderer Farbe fast ganz vermieden. Nur gelegentlich werden Blüten ähnlicher Farbe (z. B. Orange) befliegen. Die Hummel, die zwei Blüten besucht, zeigt sich in der Zielsicherheit des Auswählens nicht mehr ganz so fest, als wenn sie nur auf eine Farbe dressiert ist. Immerhin spricht es für einen auffällig gut ausgebildeten Farbensinn, daß die Hummeln sich auf zwei (und vielleicht noch mehr) Farben einstellen können.

### 3. Hormone der Pflanzen.

Unter Hormonen verstehen wir, wie bekannt sein dürfte, Stoffe, die im Tier- und Pflanzenkörper gebildet werden, und denen die Aufgabe zufällt, innerhalb des Organismus auf die einzelnen physiologischen Prozesse regulierend einzuwirken. Von Tieren und Menschen sind schon eine ganze Reihe verschiedener Hormone bekannt und auch ziemlich sorgfältig untersucht worden. Lango bekannt ist auch, daß in Pflanzen ein „Wuchshormon“ vorkommt. Es wird in der Spitze junger Pflanzen gebildet und wirkt beschleunigend auf das Wachstum der Pflanze. Wird der Pflanze das Hormon entzogen, so hört das Wachstum auf. Bisher war über die chemische Beschaffenheit dieses Wuchshormons nichts bekannt. Soeben teilen aber zwei holländische Forscher mit, daß es ihnen gelungen ist, das Wuchshormon ziemlich rein in kristallisierter Form zu gewinnen. Das Hormon erhielt den Namen Auxin; es besteht aus 68,6 Prozent Kohlenstoff, 10,2 Prozent Wasserstoff und 21,2 Prozent Sauerstoff.

### 4. Das Herz der Pflanze.

Vor einiger Zeit ging durch viele Zeitungen die sensationelle Nachricht, es sei einem indischen Forscher gelungen, das Pflanzenherz aufzufinden. Um was handelte es sich? Es wurde gefunden, daß sich die Pflanzen beim Wachstum abwechselnd etwas vergrößern und verkleinern; sie zeigen Pulsationen „wie ein Herz“. Daraus schon zu schließen, daß die Pflanzen ein Herz besitzen, ist ein bescheitler, aber sehr gewagter Versuch. Aber nun hat sich herausgestellt, daß nicht einmal die Pulsationen vorhanden sind, sondern nur dadurch vorgetäuscht wurden, daß die benutzten Apparate nicht sorgfältig genug gebaut waren und selber beträchtlich zitterten. Wären die Zeitungen ebenso eifrig wie damals, so könnten

sie die erste Sensation noch übertrumpfen durch die Nachricht, eine Nachprüfung der früheren Versuche habe ergeben, daß zwar nicht die Pflanzen, nunmehr aber die wissenschaftlichen Apparate ein Herz besitzen. Bg.

## Leben und Sterben der Walfische.

h Berlin, 3. Februar.

Im Institut für Meereskunde an der Universität Berlin hielt der international anerkannte, beste Kenner des Walfproblems, Herr Professor JOHAN HJORT (Universität Oslo), einen Vortrag. Er führte aus:

Der Wal stammt, entwicklungsgeschichtlich von einem Landsäugetier ab und hat sich dem Leben im Wasser von allen Säugetieren am vollkommensten angepaßt. Stundenlang verfolgt ein Walfänger mit 13 bis 14 Sekundenmeter Geschwindigkeit den Blauwal der Antarktis oft vergeblich, und groß sind die Entfernungen, welche die Tiere auf ihren Wanderungen zurücklegen. Die verschiedenen Lebensbedingungen haben verschiedene Walarten erzeugt. Die ursprünglichsten, zu denen der heutige Delphin gehört, blieben in den Küstengewässern mit ihrem Reichtum an größeren Fischen und behielten ihr Raubtiergebiß. Andere gingen weiter hinaus, wo kleine Fische und Krebse bis herab zu wenigen Millimetern Größe den Reichtum des Meeres bilden. Sie entwickelten die Barten, um die nötige Menge dieser kleinsten Beutetiere zu fangen. (Die Barten bilden eine Art Sieb, das beim Schließen des Rachens aus dem ausströmenden Wasser die kleinen Tiere zurückhält.) Da aber das Vorkommen dieser kleinsten Lebewesen starken örtlichen und zeitlichen Schwankungen unterworfen ist, so müssen die Wale dauernd wandern.

Herr HJORT sprach dann über die barbarische Seite seines Themas: den Mord an den Walen. Hier seien nur einige Zahlen wiedergegeben: In den Jahren 1868 bis 1904 wurden in die Walfangstationen Finnemarks rund 18 000 Wale eingebracht, in der Arktis worden aber in einer Saison heute doppelt so viel gefangen, wie damals in den ganzen 36 Jahren.

Herr HJORT sprach hierüber ohne Liebe zu den Tieren, die Gegenstand seiner Lebensarbeit sind, besorgt einzig um das durch Raubbau bedrohte Walfang-Geschäft.

## Entschließungen der Bergarbeiter.

r Bochum, 8. Februar.

Die Reichskonferenz des Bergbauindustrieverbandes in Bochum fand am Montag ihren Abschluß mit verschiedenen Entschlüssen.

In einer Entschlußung fordert die Konferenz baldige Ratifizierung des Genfer Arbeitszeitabkommens für den Bergbau.

Gegen die Einsetzung des Kameradschaftsgedinges durch das Ein-Mann-Gedinge mit seinen krassen Lohnunterschieden und seiner unerträglichen Antreiberi wandte sich die Konferenz ebenfalls in völliger Geschlossenheit.

Entschlußung zur Knappschafts- und Arbeitszeitfrage: Die Zustände in der Sozialversicherung seien unhaltbar geworden. Die Bestimmungen, wonach beim Zusammenstoßen von Renten aus mehreren Versicherungszweigen stets ein Teil in Wegfall komme, bedeuteten eine große Ungerechtigkeit. Sehr vielen Unfall- und Versorgungsrentenempfängern würden dadurch 40 bis 50 Prozent ihrer bisherigen Bezüge genommen. Alle Unfallverletzten erhielten künftig nur einen kleinen Teil, und Schwerverletzte überhaupt keine Leistungen mehr aus Versicherungszweigen, in die sie jahrelang sehr hohe Beiträge zahlten. Besonders hart würden dadurch die unfallverletzten Bergarbeiter betroffen, die ihre Beiträge in der Knappschafts-Pensionsversicherung und in der Invalidenversicherung zahlen. Unverständlich seien Maßnahmen, durch die in der Unfallversicherung Renten unter 20 Prozent ganz und von 20 Prozent nach zwei Jahren vollständig wegfallen. Die dadurch entstehenden Härten seien katastrophal. In der Knappschaftsversicherung hätten sich die Verhältnisse bedenklich verschlimmert. Die Reichsregierung müsse unverzüglich Schritte unternehmen, damit die Knappschafts-Pensionsversicherung auf eine gesündere Grundlage gestellt werde. Die Erhebung einer Produktionsumlage sei nicht zu umgehen. Der Verband wiederhole daher diese Forderung nochmals ausdrücklich.

Eine Verschleppung der Arbeitszeitverkürzung wäre unerträglich. Die Einführung des Krümpersystems müsse vor allem im Ruhrgebiet mit seinen Massenentlassungen mit größtem Nachdruck angestrebt werden.

## Neue Entlassungen im Bergbau.

r Dortmund, 9. Februar.

In der Präsidialsitzung der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen A.G. ist die Frage der Stilllegung der Zeche „CAROLINE“ in Holzwickede besprochen worden. Die Belegschaft wurde im Laufe der letzten Jahre bereits von 1000 auf etwa 500 Mann verringert. Die Verwaltung hat sich entschlossen, die Zeche nunmehr völlig stillzulegen, sodaß auch die restlichen 500 Bergleute entlassen werden. Für die Stilllegung ist vorläufig der 1. April in Aussicht genommen.

## Öffentliche Versammlungen des ISK:

**Dortmund-Hörde:** Sonnabend, den 13. Februar, 20 Uhr, im Arbeiter-Samariter-Heim, Bollwerkstraße 40. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.

**Hamburg:** Sonnabend, den 13. Februar, 20.15 Uhr, Volksheim Hammerbrook, Sachsenstraße 21. Thema: Der Krieg im Fernen Osten — ein Warnungssignal für das Weltproletariat.

Dienstag, den 16. Februar, 20.15 Uhr, Volksheim Eimsbüttel, Eichenstraße 61. Thema: Wie schaffen wir die Einheitsfront der Arbeiterklasse?

**Leipzig:** Montag, den 15. Februar, 20 Uhr, Volkshaus Zeitzer Str. 23. Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

## Neue Verhandlungen in Dänemark.

s Kopenhagen, 9. Februar.

Wie Dienstagabend bekanntgegeben wird, hat der dänische Ministerpräsident den staatlichen Schlichter zu einer neuen Besprechung zwischen den Parteien im Arbeitskonflikt ermächtigt. Dies soll u. a. auch auf das Eingreifen des Königs zurückzuführen sein.

## 40 Stunden-Woche beim R.W.E.

E. L. Das Rheinisch-Westf. Elektrizitätswerk Essen, hat bis zum 1. März die 40-Stunden-Woche eingeführt, wodurch eine infolge Rückgang des Stromverbrauchs in Erwägung gezogene Arbeiterentlassung zunächst hinausgeschoben wird.

## Wieder Mehrleistungen bei der Potsdamer Krankenkasse.

d Potsdam, 9. Februar.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Potsdam hat in Ausführung der Notverordnung beschlossen, die sogenannten Mehrleistungen wieder einzuführen.

## Kriegsbeschädigtenfragen.

h Berlin, 9. Februar.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen ist für Donnerstag, den 18. Februar, und die folgenden Tage einberufen worden, um in Gegenwart von Kommissaren der Reichsregierung Petitionen zu beraten.

## Kommunistenverfolgung in Uruguay.

Die Regierung von Uruguay hat dem Präsidenten Dr. TERRA außerordentliche Vollmachten verliehen, um den immer bedrohlicher werdenden Werbefeldzug der Kommunisten zu unterdrücken. Die Truppen befinden sich in Alarmzustand. Alle kommunistischen Parteilokale wurden durchsucht und geschlossen. Der Führer der Kommunisten, SARAVIA, wurde festgenommen.

## Felseneck.

Die Nationalsozialisten KNUTH und DITTRICH sind dringend verdächtig, an der Tötung des Arbeiters KLEMKE unmittelbar beteiligt zu sein. Sie sind in Untersuchungshaft genommen worden.

## Verhalten des Publikums bei Leichenfund.

Vorkommnisse bei der Auffindung von Leichen geben Anlaß, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß es zur Sicherung etwaiger Spuren eines Verbrechens dringend erforderlich ist, die Leichen bis zur Ankunft der Polizei völlig unberührt zu lassen und sich von dem Fundort fernzuhalten. Wer eine Leiche auffindet, hat nicht das Recht, die Kleider nach Ausweispapieren, Geld u. s. w. zu durchsuchen, auch nicht derjenige, der unmittelbar an dem Leichenfund teilgenommen hat. Er setzt sich im Falle der Zuwiderhandlung gegen diese Vorschrift möglicherweise einem Strafverfahren wegen Begünstigung aus, wenn bezüglich des Leichenfundes ein Verbrechen festgestellt werden sollte, dessen Tatsachen durch unbefugte Handlungen an der Leiche beseitigt wurden.

In jedem Falle tragischen Ablebens, auch durch Freitod, besteht die Vorschrift der polizeilichen und gerichtlichen Leichenschau. In deren Interesse und im Interesse der Aufklärung der Todesursache ist es dringend erforderlich, an der Leiche und an ihrer Lage, bei Wasserleichen an der Lage am Ufer der Landestelle vor Ankunft der Polizei oder der Gerichtskommission nichts zu ändern, wenn der Tod un zweifelhaft feststeht.

## Kurztelegramme.

h Berlin, 9. Februar.

Eine neue billige Telegrammart läßt die Reichspost vom 16. Februar an versuchsweise im Inlandverkehr in Form der Kurztelegramme zu. Ein „Kurztelegramm“ enthält mit der Adresse und dem Dienstvermerk „KZ“ nicht mehr als acht Gebührenwörter, z. B. „KZ Subito Magdeburg Eintreffen morgen Sonnabend 11,30 Rehländer.“ Das KZ-Telegramm kostet im Orts- und Fernverkehr 50 Pfennige. Die Zustellung erfolgt mit dem nächsten Briefzustellgange oder es wird zugesprochen.

Aus London wird gemeldet, daß ein Bataillon der in Belfast liegenden Ulster-Schützen Befehl erhalten hat, sich zur Abreise nach Schanghai bereitzuhalten.

## Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Donnerstag, den 11. Februar.

Berlin:  
18.30 H. POHL: Auswirkungen der Notverordnung auf die Angestelltenversicherung.  
20.30 Klavier-Sonate, Es-dur, op. 7, von BEETHOVEN.  
18.55 A. GÜRTLER: Sozialpolitische Umschau.

Königswusterhausen:  
17.30 Dr. DIX: Fünf Jahrzehnte kolonialer Neuzeit. (Vergleiche dazu den Aufsatz „Asien und die christlichen Missionen“, im „Funk“ Nr. 27.)  
19.30 Dr. HERHOLD: Die praktische Auswirkung der vierten Notverordnung im landwirtschaftlichen Betriebe.

Langenberg:  
19.15 Aus der Praxis der Angestelltenversicherung.

Mühlacker:  
20.15 Siegt der Autarkie-Gedanke im britischen Reich? Zeitbericht von Aktualis. (Vergleiche dazu den Aufsatz: „Internationale Solidarität“ im „Funk“, Nr. 18.)

Moskau, Gewerkschaftssender:  
20.00 Wochenrundschau und Briefkasten.

Freitag, den 12. Februar.

22.15 J. TREUTLER: Aus dem Aufgabengebiet der Arbeiter-Esperantisten.

Hamburg:  
18.35 J. EHRENTHEIT: Gewerkschaftliche Neutralität.  
21.00 Historisches Hörspiel aus dem Jahre 1848.

Königswusterhausen:  
18.00 Dr. SIEGERT: Der deutsche Außenhandel in der Krise.

Moskau, Gewerkschaftssender:  
20.00 Die Kinder des Oktobers.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich

2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....

Straße und Hausnummer .....

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: International-Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

# ISK

7. JAHRGANG

2. HEFT

FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über

**Rüstung, Völkerrecht und Frieden**

HANS LEHNERT:

**Abrüstung, Völkerbund u. Frieden**

THEODOR HÜPEDEN:

**Sozialpolitik und Sozialismus**

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen.

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

## Kohlen-Bust

liefert Brennmaterialien aller Art für Industrie, Gewerbe u. Hausbrand  
Zentrale und Hauptlagerplatz  
Berlin N 58, Schwedter Str. 88

Verkaufsstellen:  
1. N 58, Schönhauser Allee 48  
2. N 58, Pappel-Allee 67  
3. C 25, Prenzlauer Straße 9  
4. NO 18, Waßmannstraße 10 A  
5. NO 48, Lietzmannstraße 16 17  
Fernsprecher f. alle Verkaufsstellen  
D 4 Humboldt 3062

## Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

## Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

## Otto Pfothhauer

Weimar, Röhrstraße 40  
Verlangen Sie Angebot!

Naturreiner, echter

## Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75  
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

## Frischkost-Reformhaus

Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104.

## A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29

Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 8471

druckt Flugblätter,  
Zettungen,  
Zeitschriften  
und jede Art  
Geschäfts-  
drucksachen

Freunde und Leser des „Funke“!

Unterstützt Eure Zeitung

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

## Theoretisches Rüstzeug für sozialistische Politik:

„Führer-Erziehung als Weg zur Vernunft-Politik“  
Von LEONARD NELSON

27 Seiten 80 Pfennige

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag (Postscheckkonto: Hannover 60643)

Verlag „Öffentliches Leben“ / Berlin S



## Der Memeler Streit.

Der litauische Außenminister, ohne den in Genf über die Beschwerde Deutschlands nicht verhandelt werden kann, ist krank geworden, so rechtzeitig, daß die Vermutung nicht unbegründet ist, er wolle sich vor dem Erscheinen in Genf drücken.

Gegen den abgesetzten BÖTTCHER soll ein Landesverratsverfahren geplant sein.

Es wird aus Memel bestätigt, daß der neu ernannte Landespräsident TOLISCHUS ein Gesamtdirektorium gebildet hat.

Die litauischen Jungschützen planen für den 11. Februar angeblich einen großen Aufmarsch in Memel. Die Nationalisten aller Länder sind sich also in ihren Verrücktheiten völlig gleich.

## Ausschuß der Konferenz.

Genf, 9. Februar.

Der Konferenzausschuß der Abrüstungskonferenz, der aus den Führern sämtlicher Abordnungen zusammengesetzt ist, trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, in der HENDERSON zum Präsidenten und der griechische Gesandte in Paris, POLITIS, einstimmig zum Vizepräsidenten dieses Ausschusses gewählt wurden.

## Die Gruppe Revolutionärer Pazifisten

in Gemeinschaft mit der

## Gesellschaft für politische Theorie

veranstaltet am Freitag, dem 12. Februar 1932, um 20 Uhr, im „Adler“ am Dönhoffplatz (Kommandantenstraße 84) eine

## Öffentliche Aussprache:

### „Reformation der marxistischen Ideologie?“

Es sprechen: Willi Eichler (ISK), M. Natrowski, Kurt Hiller.

Gäste willkommen.

## Reparationskonferenz im Juni?

Genf, 9. Februar.

Von gut unterrichteter englischer Seite wird mitgeteilt, daß in den Unterredungen BRÜNINGS mit SIMON, TARDIEU und GRANDI am Montag eingehend die Frage der Einberufung der Reparationskonferenz für Mitte oder Ende Juni erörtert worden sei. Es soll eine grundsätzliche Übereinstimmung über diesen Zeitpunkt erzielt worden sein. Ferner sei erwogen worden, daß während der Anwesenheit MAC DONALDS in Genf (in einigen Wochen) eine Vorbesprechung zur Vorbereitung der Konferenz stattfinden solle, an der außer BRÜNING und MAC DONALD möglicher Weise auch LAVAL und GRANDI teilnehmen würden.

## Zolltarif vom Unterhaus angenommen.

London, 10. Februar.

Das Unterhaus hat am Dienstagabend die Finanzentschließung, durch die der zehnprozentige allgemeine Zolltarif eingeführt wird, mit 452 gegen 76 Stimmen angenommen. 23 Liberale, darunter die drei Minister SAMUEL, MACLEAN und SINCLAIR, stimmten dagegen.

Die zweite Entschließung, die die Zusatzzölle genehmigt, wurde mit 430 gegen 73 Stimmen angenommen. Die dritte Finanzentschließung über die Vorzugsbehandlung innerhalb des Weltreiches und über Zusatzzölle als Abwehr gegen Sondermaßnahmen des Auslandes gelangte mit 421 gegen 68 Stimmen zur Annahme.

## POLIKAI.

### Von Leo Tolstol.

(22. Fortsetzung.) Copyright by Insel-Verlag in Leipzig.)

„Spüte dich mal ein bißchen!“ rief er seinem zweiten Sohne zu, der die eine Achse nach dem Schmierer angehoben hatte und die Räder an ihr drehte. „Ich komme gleich wieder. Daß dann alles fertig ist!“

Der Verwalter war soeben aufgestanden, trank seinen Tee und machte sich selbst zur Fahrt nach der Stadt fertig, um die Rekruten zu übergeben.

„Was willst du?“ fragte er.

„Ich will den Jungen loskaufen, Jegor Michailowitsch. Sie sagten neulich, Sie wüßten in der Stadt einen Freiwilligen, haben Sie schon die Güte und belehren Sie mich! Unsereiner versteht davon nichts.“

„Also bist du anderen Sinnes geworden?“

„Ja, Jegor Michailowitsch; er tut mir leid; er ist doch der Sohn meines Bruders. Mag er auch sein, wie er will; er tut mir doch leid. Es kommt doch gar zuviel Sünde davon her, von diesem Gelde. Haben Sie schon die Güte und belehren Sie mich!“ sagte er und verbeugte sich dabei tief.

Wie immer in solchen Fällen schmatzte Jegor Michailowitsch lange tiefsinnig und schweigend mit den Lippen; nachdem er sich die Sache überlegt hatte, schrieb er zwei Briefe und setzte dem alten Dutlow auseinander, was er in der Stadt tun müsse.

Als Dutlow nach Hause zurückkam, war die junge Frau schon mit Ignat abgefahren, und die grauscheckige, dickbäuchige Stute stand, fertig angespannt, im Tore. Er brach sich eine Rute aus der Hecke, schlug seinen Rock übereinander, setzte sich auf den Wagen und trieb das Pferd an. Er trieb die Stute so stark, daß ihr ganzer Bauch sofort einfiel und er sie nicht ohne Mitleid ansehen konnte. Ihn quälte der Gedanke, er könne bei der Gestellung zu spät kommen, Ilja müsse Soldat werden und das Teufelsgeld werde in seinen Händen bleiben.

Ich will nicht im einzelnen alle Erlebnisse Dutlows an diesem Morgen vortragen; ich sage nur, daß es ihm besonders gut glückte. Bei dem Wirt, an den ihn Jegor

## Erfahrungen aus dem Calmette-Prozeß.

Von Ernst Fischer.

Wir schließen damit die Betrachtungen über den Calmette-Prozeß ab. Die Schriftleitung.

Etwas 250 Kinder sind gefüttert worden. Zwei Drittel von ihnen sind mehr oder minder schwer erkrankt und zum Teil gestorben, und zwar nur solche Kinder, die Schutzstoff erhalten haben, der nach dem 28. Februar vom Laboratorium ausgegeben worden war. Was war geschehen? Verunreinigung der Kulturen oder eine plötzliche Veränderung der Bazillen in eine krankmachende Form? Wieso wurden die Veränderungen des Schutzstoffes nicht bei der Prüfung im Tierversuch erkannt? Noch am 14. Mai behauptet ALTSTAEDT in einem Brief an das Reichsgesundheitsamt, daß Tierversuche stattgefunden hätten. Die Beweisaufnahme ergibt, daß diese Aussage unrichtig ist. In der ganzen Zeit der Schutzstoff-Herstellung ist kein einziger Tierversuch gemacht worden. DEYCKE, der hierfür Verantwortliche, verteidigt sich damit, er sei überzeugt gewesen, daß BCG nicht krankheits-erregend werden könne; und habe daher Tierversuche für unnötig gehalten; eine Verunreinigung komme in seinem Laboratorium nicht in Frage. Er sei das Opfer eines wissenschaftlichen Irrtums geworden: Das Lübecker Unglück habe die Ansicht von der Unwandelbarkeit des BCG als falsch erwiesen.

Der Laboratoriumsbetrieb DEYCKES ist eingehend geprüft worden. Das Ergebnis: Zwei Brutöfen, die zur Kultur von Bazillen benötigt werden, stehen in zwei nebeneinander liegenden Räumen. In dem einen Brutschrank sollen nach den Anordnungen DEYCKES die BCG-Kulturen allein für sich aufbewahrt werden. Der andere Brutschrank enthält u. a. eine sehr gefährliche Tuberkel-Bazillen-Kultur, die aus Kiel stammt. Die Zeugin Schwester ELSE SCHMIDT gibt zu, es sei möglich, daß um Weihnachten 1929 vorübergehend Kieler Bazillen im BCG-Schrank verwahrt worden seien. Weitere Zeugenaussagen vervollständigen das Bild: Drei Tage lang haben Kulturen von BCG und solche des Kieler Stammes neben einander, unbeaufsichtigt auf einem Tisch im Laboratorium gestanden. In einem Eisschrank wird eine Kultur gefunden, die keinerlei Bezeichnung trägt; ihr Inhalt erweist sich als eine Kultur krankmachender Tuberkel-Bazillen. Protokoll-Bücher sind nicht geführt worden; es finden sich nur einige Notizen auf losen Zetteln.

Es ist nicht gelungen, nachzuweisen, durch welches Versehen und zu welchem Zeitpunkt eine Verunreinigung der Kulturen eingetreten ist. Daß aber bei der Herstellung des Schutzstoffes grob fahrlässig gehandelt worden ist, kann nicht bezweifelt werden. Die Sachverständigen rechnen daher auch mit einer Verunreinigung der Kulturen und nicht mit einer plötzlichen Aenderung der Bazillen. Diese Vermutung

wird bestärkt durch die Untersuchung der Leichen der verstorbenen Kinder. Aus ihren Organen ließ sich ein Tuberkel-Bazillus züchten, der in seinen Eigenschaften mit den Kieler Bazillen übereinstimmt. In den Resten des Fütterungsstoffs haben sich ähnliche krankmachende Tuberkel-Bazillen nachweisen lassen.

Die Sachverständigen sind sich darüber einig, daß das Unheil durch Tierversuche hätte verhütet werden können. Die vom Gericht gestellte Frage, ob Dr. KLOTZ bei sachgemäßer und sorgfältiger Prüfung den Zusammenhang zwischen den Erkrankungen und der Schutzfütterung eher hätte erkennen müssen, wird von den Sachverständigen verneint. Ob KLOTZ Grund hatte, diesen Zusammenhang früher zu vermuten, wurde nicht untersucht; nach den Paragraphen des Strafgesetzbuchs ist das nicht von belang. Die Gutachten der Sachverständigen lassen aber deutlich erkennen, daß es zum mindesten sehr verwunderlich ist, daß eine solche Vermutung nicht eher aufkam. Sie führen dies zum Teil auf die ungenügende Zusammenarbeit der beteiligten Aerzte zurück.

Nun ist das Urteil gesprochen. Die Strafen, die DEYCKE und ALTSTAEDT erhalten haben, bleiben erheblich hinter der Höchststrafe zurück. Proletariern gegenüber, etwa Eisenbahnbeamten, die in ähnlich grob-fahrlässiger Weise ein so schweres Unglück verursacht hätten, entscheiden die deutschen Gerichte mit ganz anderer Strenge!

Immerhin wird die verhängte Strafe, die diese beiden Aerzte trifft wegen Fahrlässigkeit, die sie sich in der Ausübung ihres Berufs haben zuschulden kommen lassen, genügen, ihre ärztliche Laufbahn zu ruinieren. Das ist im Interesse derer, die solchen Männern ausgeliefert sind, ohne von ihnen auch nur hinreichend über das angewandte Verfahren aufgeklärt zu werden, notwendig und gerechtigt.

Die Freisprechung von KLOTZ war zu erwarten; das Gericht hätte sonst ausdrücklich von den übereinstimmenden Urteilen der Sachverständigen abrücken müssen. Die Tatsache, daß, wie das Unglück zeigt, KLOTZ seinen beruflichen Aufgaben geistig nicht gewachsen war, bildet keinen strafbaren Tatbestand.

Trotz der Verurteilung DEYCKES und ALTSTAEDTS bietet das gerichtliche Urteil für die Arbeiterschaft also keineswegs einen genügenden Schutz davor, von unfähigen oder nicht hinreichend verantwortungsbewußten Aerzten in fahrlässiger Weise geschädigt zu werden. Die Mitverantwortung für diesen mangelnden Schutz gerade der proletarischen Patienten trägt aber die Ärzteschaft, die, statt mit aller Energie solche Aerzte unschädlich zu machen, den Fachkollegen schont.

## Oesterreichisches Dementi.

Wien, 9. Februar.

Auf eine Anfrage erklärte der österreichische Finanzminister, daß die Gerüchte über einen Zusammenhang zwischen der Ernennung des Notenbankpräsidenten und irgend welchen Besprechungen (gemeint ist: mit dem französischen Gesandten) oder Kreditversprechen vollständig unrichtig seien.

## Strafanträge im Favag-Prozeß.

Frankfurt/Main, 9. Februar.

Der Staatsanwalt stellte im Favag-Prozeß folgende Strafanträge: Gegen Direktor LINDNER ein Jahr, sechs Monate Gefängnis und 15 000 Mark Geldstrafe; gegen SCHUMACHER zwei Jahre Gefängnis und 16 000 Mark Geldstrafe; gegen MÄDJE drei Jahre Gefängnis und 32 000 Mark Geldstrafe, außerdem Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre; gegen SAUERBREY vier Jahre Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe; gegen KIRSCHBAUM drei Jahre Gefängnis und 12 000 Mark Geldstrafe sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für drei Jahre; gegen FUCHS drei Monate Gefängnis.

Michailowitsch einen Brief mitgegeben hatte, stand ein Freiwilliger vollständig bereit, der schon dreiundzwanzig Rubel verpraßt hatte und von der Militärbehörde bereits als tauglich befunden war. Der Wirt wollte vierhundert Rubel für ihn haben, und ein Reflektant, ein Kleinbürger, der schon seit drei Wochen um ihn handelte, bot immer noch nur dreihundert. Dutlow erledigte das Handelsgeschäft mit wenigen Worten: „Nimm dreihundertfünfzig!“ sagte er, die Hand ausstreckend; aber in solchem Tone, daß man sogleich merkte, er sei bereit, noch etwas zuzulegen. Der Wirt zog seine Hand zurück und verharrte bei seiner Forderung von vierhundert Rubeln. „Na, willst du nicht dreihundertfünfzig nehmen?“ fragte Dutlow wieder, indem er mit seiner linken Hand die rechte des Wirtes ergriff und Miene machte, mit seiner rechten in sie einzuschlagen. „Willst du nicht? Na, in Gottes Namen!“ sagte er plötzlich, indem er mit seiner Hand in die des Wirtes schlug und mit einem Schwunge sich von ihm mit dem ganzen Leibe abwandte. „Dann muß es wohl sein! Nimm dreihundertfünfzig! Stell mir eine Quittung aus! Bring' den Burschen her! Und jetzt eine Anzahlung. Zwanzig Rubel werden wohl genug sein, wie?“

Und Dutlow band sich den Gurt ab und holte das Geld hervor.

Der Wirt hatte zwar seine Hand nicht weggezogen, schien aber immer noch nicht ganz einverstanden zu sein und redete, ohne die Anzahlung anzunehmen, von einem Douceur für den Freiwilligen und einer Bewirtung desselben.

„Versündige dich nicht, versündige dich nicht!“ sagte Dutlow und schob ihm das Geld hin. „Wir müssen alle sterben, wir müssen alle sterben.“ fuhr er in so sanftem, belehrendem, überzeugtem Tone fort, daß der Wirt sagte: „Na, wenn's nicht anders ist,“ noch einmal einschlug und betete. „Gott möge es zum Besten wenden!“ sagte er.

Der Freiwillige, der noch von dem gestrigen Trinkgelage her schlief, wurde geweckt; Dutlow besah ihn sich, und alle zusammen begaben sich zur Rekrutierungskommission. Der Freiwillige war vergnügt; er verlangte Rum, um sich den Katzenjammer zu vertreiben, wozu ihm Dutlow auch Geld gab, und wurde erst in dem Augenblick kleinmütig, als sie in den

## Abfuhr der Nazis.

Seit langem versucht HITLER, sich bei den italienischen Faschisten anzubiedern. Er schickte also ein paar Versuchsballone in Form von rassereinen Ariern nach Rom. Auf Veranlassung MUSSOLINIS empfing der italienische Innenminister, DA FINZI, HITLERS Boten. Als sie immerfort von semitischer Minderwertigkeit sprachen, unterbrach der Minister sie mit den Worten: „Ich gehöre dieser Rasse, selber, an, meine Herren! Und ich bin darüber auch nicht traurig; denn ich glaube, daß die Arier und Semiten vom gleichen Affen abstammen.“

## Auch in Düsseldorf städtische Säle für die Nationalsozialisten!

E. L. In Düsseldorf wurde den NS die städtische Tonhalle für eine Anti-HEINE-Kundgebung am 2. Februar zur Verfügung gestellt. — Das seitens der Preußenregierung erlassene Verbot der Ueberlassung von städtischen Sälen an NS und KP wurde hier umgangen, weil es sich um eine „Kultur“-Veranstaltung handelte.

Flur des Amtsgebäudes eintraten. Lange standen sie dort im Flur, der alte Wirt im blauen Kaftan und der Freiwillige im kurzen Halbpelz, mit heraufgezogenen Augenbrauen und weit aufgerissenen Augen; lange flüsternten sie dort miteinander, fragten, wohin sie sich zu wenden hätten, suchten jemanden, nahmen vor jedem Schreiber mit tiefen Verbeugungen die Mützen ab und hörten andächtig die Mitteilungen an, die ihnen ein dem Wirt bekannter Schreiber aus dem Amtslöke herausbrachte. Schon hatten sie alle Hoffnung verloren, daß die Sache sich noch an diesem Tage werde erledigen lassen, und der Freiwillige wurde schon wieder munter und vergnügter, als Dutlow den Verwalter Jegor Michailowitsch erblickte, sich sogleich an diesen klammerte und ihn demütig um seinen Beistand bat. Und Jegor Michailowitsch half ihnen so gut, daß zwischen zwei und drei Uhr nachmittags der Freiwillige zu seinem großen Erstaunen und Mißvergnügen in das Amtslöke hineingeführt und vor die Kommission hingestellt wurde. Unter allgemeiner Heiterkeit, die sein Benehmen bei den Amtspersonen vom Amtsdienner bis zum Vorsitzenden hervorrief, mußte er sich entkleiden, wurde kurz geschoren, eingekleidet und wieder zur Tür hinausgeschickt. Fünf Minuten darauf bezahlte Dutlow das Geld, empfing die Quittung und begab sich, nachdem er sich von dem Wirt und dem Freiwilligen verabschiedet hatte, nach der Wohnung des Kaufmanns, wo die Rekruten aus Pokrowskoje abgestiegen waren. Ilja saß mit seiner jungen Frau in der Küche in einer Ecke; beim Eintritt des Alten hörten sie auf zu sprechen und blickten ihn ergebungsvoll, aber unfreundlich an. Wie immer verrichtete der Alte zunächst ein Gebet; dann band er sich den Gurt auf, holte ein Blatt Papier hervor und rief seinen ältesten Sohn Ignat und Iljas Mutter, die auf dem Hofe war, ins Zimmer.

„Verständige dich nicht, Ilja!“ sagte er, indem er an seinen Neffen herantrat. „Du hast gestern zu mir ein arges Wort gesagt. Glaubst du denn, daß du mir nicht leid tatest? Ich denke daran, wie mein Bruder dich mir ans Herz legte. Wenn es in meiner Macht gestanden hätte, es zu ändern, würde ich dich dann wohl hingegeben haben? Aber nun hat mir Gott Glück gegeben, und ich habe mir das Geld nicht leid sein lassen. Hier, sieh dieses Papier!“ sagte er, legte die Quittung auf den Tisch und faltete sie behutsam mit seinen krummen, steifen Fingern auseinander. (Fortsetzung folgt.)

# Die Wirtschaftskrise in England.

In Nr. 33 des „Funken“ ist eingehend dargestellt und belegt worden: Das Wachsen der Arbeitslosigkeit in England von Oktober 1929 bis Oktober 1931 ist fast ausschließlich auf die Schrumpfung der englischen Ausfuhr zurückzuführen. Innerhalb Englands ist die Kaufkraft der Massen während dieser Zeit kaum gefallen, weil die Kaufkraft der Arbeitseinkommen durch die Senkung der Lebenshaltungskosten erheblich gesteigert und die Arbeitslosenunterstützung bis zum September 1931 nicht herabgesetzt wurde.

## Die Schuldfrage.

Unser Vorwurf gegen das kapitalistische System, es sei die Ursache der verheerenden Wirtschaftskrisen (vergleiche Nr. 2 des „Funken“: „Ein Kapitel Krisentheorie“), scheint auf den ersten Blick hin für den englischen Kapitalismus höchstens mittelbar zuzutreffen. Sieht es doch so aus, als ob die Krise von anderen Ländern nach Großbritannien verschleppt wurde, die britische Wirtschaft selber aber ganz gesund sei. Trifft diese Vermutung tatsächlich zu?

Im vorigen Jahrhundert ist es den Kapitalisten Groß-Britanniens gelungen, sich den verheerenden Folgen der durch ihre Profitwirtschaft verursachten Krisen einigermaßen zu entziehen durch dauernde Steigerung der Kapitalanlagen im Ausland, durch sogenannte Kapitalausfuhr. Ein Teil des in England nicht absetzbaren Produkts wurde ausgeführt, ohne daß eine entsprechende Einfuhr zur Bezahlung hereinkam. So stiegen die Kapitalanlagen der englischen Kapitalisten im Ausland folgendermaßen an. Sie betragen:

1850 . . . . .	500 Mill. Pfund
1870 . . . . .	875 Mill. Pfund
1890 . . . . .	1720 Mill. Pfund
1910 . . . . .	2080 Mill. Pfund
1913 . . . . .	3780 Mill. Pfund

Dieser Weg, Absatzstockungen zu vermeiden, ist im Laufe der Zeit immer schwerer gangbar geworden. Der Warenstrom von Großbritannien nach anderen Ländern, der zunächst in der Hauptsache aus Konsumgütern bestand (1819/21 zu 95 Prozent), nahm immer mehr die Form von Produktionsmitteln an (1909/13 waren 33 Prozent, 1930 sogar 41 Prozent der englischen Ausfuhr Produktionsmittel). Länder, die zuerst Textilwaren von England kauften, wurden später Abnehmer englischer Textil-Maschinen und übernahmen die Herstellung der Textilwaren selber. Schließlich stellten sie mit Englands Hilfe auch ihre Maschinen selber her und versperrten der englischen Einfuhr den Weg durch Schutzzölle. So kam es, daß Großbritannien an die Kapitalisten Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, der Niederlande und der Vereinigten Staaten 1913 nur noch 20 Prozent seiner Ausfuhr verkaufte, während im Jahre 1814 auf diese Länder 68 Prozent der englischen Ausfuhr entfiel.

Die Industrialisierung Mittel- und Westeuropas sowie der Vereinigten Staaten zwang die englischen Kapitalisten, neue Märkte und Kolonien zu erobern, wenn sie mit ihrem aufgeblähten Produktionsapparat nicht in eine verheerende Absatzkrise hineinsteuern wollten.

Eine „erfolgreiche“ Kolonialpolitik und steigender Export gestattete den englischen Kapitalisten in den Jahren 1909/13 noch eine weitere Ausdehnung ihres Produktionsapparates, die in keinem gesunden Verhältnis stand zu den vorhandenen Absatzmöglichkeiten für Konsumgüter. Dieses Mißverhältnis wurde zunächst ver-

schleiert durch den Weltkrieg und die ersten Nachkriegsjahre. Während des Weltkrieges wurde die englische Industrie mit der Produktion von Kriegsmaterial gut beschäftigt; dieses wurde ja sehr rasch „konsumiert“. Ferner übernahm Groß-Britannien teilweise die Belieferung der ehemaligen Kunden Deutschlands, und in den Jahren 1919/20 befriedigte es den Warenhunger der kriegführenden Länder des Kontinents. Ende 1920 trat das Mißverhältnis zwischen Produktionsfähigkeit und wirksamer Nachfrage klar zu Tage und ist seitdem, wie die Arbeitslosenziffern zeigen, nie ganz beseitigt worden.

Seit 1920 findet in den britischen Kolonien (Australien, Kanada, Indien, Neuseeland, Südafrika) und bei anderen ehemaligen Käufern englischer Waren (Japan) eine schnell vorwärtsschreitende Industrialisierung statt. Das Schauspiel vom Beginn des Jahrhunderts wiederholt sich: Die Kunden sind mit Großbritannien Hilfe weitgehend unabhängig geworden von englischen Waren und versperrten dem bisherigen Lieferanten die Einfuhr durch Schutzzölle. England hat mit dem Export seiner Ausbeutergewinne Konkurrenten großgezogen, denen es nun selber aus verschiedenen Gründen (zum Beispiel wegen der höheren Löhne in England) nicht mehr gewachsen ist. In Südamerika machen ihm die Vereinigten Staaten Konkurrenz, in Ostasien tritt Japan als Textilwarenlieferant auf, und in Europa tritt die polnische Kohle als neuer Konkurrent auf.

Die große Kapitalausfuhr der englischen Kapitalisten hat dazu beigetragen, daß es zu Absatzstockungen in der Weltwirtschaft und in den englischen Exportindustrien kam. Die englische Oberklasse steht um keinen Deut schuldloser da als die Kapitalisten anderer Länder. Nur muß man, um die Verantwortung der englischen Kapitalisten feststellen zu können, ihre Außenhandels- und Kolonialpolitik berücksichtigen, während es zum Beispiel in Deutschland schon genügt, die Binnenwirtschaft zu betrachten.

## Verschärfung oder Behebung der Krise?

Die Labour-Regierung behauptete, daß England der Krise gegenüber machtlos sei, weil diese weltwirtschaftliche Ursachen habe. Die heutige nationale Regierung führt unter Hinweis auf die „weltwirtschaftlichen“ Ursachen Schutzzölle ein, um die Krise in England zu beheben. Beides ist falsch.

Die nationale Regierung bahnt durch ihre Schutzpolitik einer Schrumpfung der englischen Massenkaukraft den Weg und verschlechtert damit die wirtschaftliche Lage nur noch weiter.

Die Labour-Regierung verkannte, daß England in internationalem Maßstab zu einer Kaufkraftverschiebung zu Gunsten der Massen der Arbeiter und Bauern beitragen kann. Es genügt allerdings nicht, Reallohn-erhöhungen in England vorzunehmen; es ist außerdem erforderlich, in anderen Ländern die Kaufkraft für Konsumgüter zu erhöhen. Dazu hat England die Möglichkeit in seinen Kolonien; es brauchte zum Beispiel nur das gewerkschaftliche Koalitionsrecht der Kolonialarbeiter zu schützen, damit diese stark genug sind, Lohn-erhöhungen durchzusetzen, und die Lage der Pächter in Indien, der Bauern in Südafrika wenigstens durch gewisse Milderungen des Bodenmonopols zu verbessern.

Allan Flanders.

## Die kurzfristige Verschuldung der Sowjet-Union.

Das russische Forschungsinstitut der Universität Birmingham hat eine Untersuchung über die russische Zahlungsbilanz angestellt.

Die Außenhandelsbilanz der Sowjet-Union sollte, gemäß dem Fünfjahresplan, im letzten Jahr des Planes ausgeglichen sein. Die bisherigen Ergebnisse lassen darauf schließen, daß dieses Ziel nicht erreicht werden wird; denn der Waren-einfuhrüberschuß hat in den ersten drei Jahren des Planes von Jahr zu Jahr zugenommen. Der Grund hierfür liegt teilweise in dem starken Preisfall, der besonders im vergangenen Jahr zu einer wertmäßigen Verminderung der Ausfuhr führte. Andererseits war die Aufnahmefähigkeit der kapitalistischen Länder infolge der Wirtschaftskrise verringert. Die Einfuhr hat seit Beginn des Fünfjahresplanes wertmäßig um 20 Prozent zugenommen, während die Ausfuhr im dritten Planjahr wertmäßig so groß ist wie im ersten.

	1928/29	1929/30	1930/31
(in Millionen Rubeln*)			
Einfuhr . . . . .	932	1178	1151
Ausfuhr ohne Edelmetalle . . . . .	816	973	845
Einfuhrüberschuß . . . . .	86	205	306
Kosten ausländischer Arbeitskräfte . . . . .	15	18	38
Zinsendienst und andere Auslandszahlungen . . . . .	46	45	55
Summe d. ausländischen Forderungen . . . . .	147	268	399
Einnahmen aus d. Touristenverkehr . . . . .	32	49	59
Ausfuhr von Edelmetall . . . . .	70	9	110
Zunahme der kurzfristigen Auslands-schulden . . . . .	45	210	230
	117	268	399

Die gesamte russische Auslandsverschuldung betrug am 1. Oktober 1931 nach der Schätzung des genannten Instituts rund 1850 Millionen Mark; davon entfallen auf Deutschland etwa 890 Millionen Mark (in Deutschland wird diese Ziffer auf etwa 1200 Millionen geschätzt). England hat insgesamt etwa 650 Millionen Mark kurzfristig von der Sowjet-Union zu fordern, darunter 150—160 Millionen, die von England an Deutschland, Italien, Polen, die Tschechoslowakei und andere Länder zur Finanzierung von Russengeschäften geliehen worden sind. Deutschland und England sind also die hauptsächlichsten Gläubiger der Sowjet-Union.

\*) 1 Rubel = 2,16 Mark.

Die russische kurzfristige Verschuldung entspricht etwa der russischen Warenausfuhr eines Jahres. Zwei Drittel davon müssen durchschnittlich jedes Jahr zurückgezahlt werden. Daraus ergibt sich, daß die Sowjet-Union zur Finanzierung ihrer Einfuhr darauf angewiesen ist, immer wieder neue Kredite im Ausland zu erhalten; jedenfalls so lange, wie ihre Ausfuhr nicht hinreicht, die Einfuhr und die Rückzahlung und Verzinsung der aufgenommenen Kredite zu decken. Die Kapitalisten in England und Deutschland haben ein Interesse daran, den Russen Kredite zu geben; denn nur mit Hilfe dieser Kredite kann die Sowjet-Union ihren Waren abkaufen, können also Arbeiter im Inland beschäftigt werden. Das gilt besonders für Deutschland. Doch üben die Gläubiger Deutschlands einen gewissen Druck auf die Reichsregierung aus, weitere Kredite an andere Staaten nicht zuzulassen, solange Deutschland seine eigenen Schulden nicht zahlen kann. Mit einer wesentlichen Ausdehnung der Kredite, die Rußland erhalten kann, ist wohl augenblicklich kaum zu rechnen. Eine Verringerung der Ausfuhr Sowjet-Rußlands, etwa infolge einer Missernte oder infolge des Boykotts russischer Waren in wichtigen Abnehmerländern würde daher die Sowjet-Union in eine schwierige Lage bringen. Die Erhöhung der deutschen Holzzölle geht leider bereits in dieser Richtung. Gerade Deutschland, in das ein sehr erheblicher Teil der russischen Bestellungen geht, sollte in der Abwehr russischer Einfuhr schon aus kapitalistischen Gründen vorsichtig sein.

Me.

## England von Zollmauern umgeben. Das neue Dorado der Kapitalisten.

Ein Londoner Bodenmakler-Unternehmen verkaufte seit Bildung der nationalen Regierung Grundstücke im Werte von 6,4 Millionen Mark an ausländische Unternehmer und steht noch in Verhandlungen wegen weiterer Geschäfte in Höhe von etwa 12 Millionen Mark. „Produzieren Sie in England!“, diese Aufforderung, die jetzt so häufig von englischer Seite ergeht, findet also Widerhall.

Die Gigg-Papierfabrik in Bury in England, die vor sechzehn Monaten ihren Betrieb stilllegen mußte, da sie der ausländischen Konkurrenz nicht standhalten konnte, ist jetzt wieder eröffnet worden. Die Fabrik ist von einer Papier-Import-Gesellschaft aufgekauft worden, die jetzt, infolge der hohen Papierzölle, ihre Kunden aus der Inlandszeugung befriedigen muß.

## Herr Goerdeler als Lohnabbau-Kommissar.

Der Preiskommissar hat sich, wie wir hören, bereit erklärt, im Auftrage des Reichsverbandes der Deutschen Hausfrauenvereine bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in folgender Richtung vorstellig zu werden: die Arbeitsämter sollen bei der Vermittlung darauf hinwirken, daß die Hausangestellten künftig ihren Anteil an der Sozialversicherung selber bezahlen. — Bisher war es üblich, daß die Hausfrauen den ganzen Betrag entrichteten.

Hat Herr GOERDELER zu wenig Beschäftigung, oder wendet er sich, nachdem ihm der Preisabbau mißglückt ist, der dankbareren Aufgabe des Lohnabbaues zu? Dafür wird er ja aber nicht bezahlt. Br.

## 6 Millionen Arbeitslose.

Die Zahl der an den deutschen Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen betrug am 1. Januar 6 041 000. Sie ist während der zweiten Januarhälfte um 75 000 gestiegen. Die Zunahme während der gleichen Zeit des Vorjahres betrug 122 000.

Arbeitslose in Deutschland. (In Tausenden.)

Monat	1929/30	1930/31	1931/32
Ende Oktober . . . . .	1557	3252	4622
Ende November . . . . .	2036	3899	5057
Ende Dezember . . . . .	2851	4384	5666
Mitte Januar . . . . .	3092	4765	5966
Ende Januar . . . . .	3218	4894	6041

Entlassungen sind vor allem in den Produktionsgüterindustrien vorgenommen worden, insbesondere im Kohlenbergbau. Allein im Ruhrrevier sind im Januar 5000 Bergleute entlassen worden und zum 15. Februar sind weitere 4000 Kündigungen ausgesprochen worden. Die Zahl der arbeitstäglichen Feierschichten im Ruhrbergbau ist von 32 000 im Dezember auf 35 000 im Januar gestiegen.

In einigen Zweigen der Konsumgüterindustrien ist eine Belegung eingetreten. Neueinstellungen sind unter anderem in der Papierindustrie vorgenommen worden. — Sollte das eine Folge der Tätigkeit GOERDELERs sein, der sich mit der Verordnung von Preisschildern u. s. w. so freundlich für die Ankurbelung der Papierindustrie einsetzte? Me.

## Reichsbank.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel-Schecks	Noten-umlauf	Giro-guthaben	Gesamt-Geld-umlauf
7. 2. 1930	2326	394	—	55	1960	4381	451	5841
31. 1. 1931	2244	199	86	174	1942	4388	287	5659
7. 2. 1931	2244	198	23	66	1902	4084	271	5601
23. 1. 1932	956	151	7	103	3407	4198	371	5975
31. 1. 1932	948	145	33	158	3322	4022	354	6320
7. 2. 1932	928	142	33	158	3322	4022	354	6320

Am Schluß der ersten Februar-Woche zeigt der Reichsbank-Ausweis die übliche Entlastung, das heißt: einen Rückgang des Bestandes an Wechseln und Schecks, an Lombardforderungen und Reichsschatzwechseln, ferner eine dementsprechende Abnahme des Notenumlaufs und der Giro-Guthaben.

Bemerkenswert ist wieder die Abnahme des Gold- und Devisen-Bestandes um 18 Millionen Mark.

Wegen dieser anhaltenden Abflüsse hat die Reichsbank die Bedingungen verschärft, unter denen sie Devisen abgibt. Diese Bedingungen haben insbesondere den Zweck, die in Frage kommenden Unternehmer dazu zu zwingen, die sogenannten Rembours-Kredite möglichst stark auszunutzen; das sind Kredite, die durch Ausstellung von Wechseln bei Warenverschiffungen in Anspruch genommen werden.

Außerdem erwägt man zur Zeit, die Ausfuhr von Reichsbanknoten nach dem Ausland weiter zu erschweren. Diese Ausfuhr ist zur Zeit dadurch behindert, daß ein Reisender nur 200 Mark über die Grenze nehmen darf. Die Kontrolle hierfür ist aber unzureichend. Andererseits schicken die ausländischen Banken die ins Ausland gelangenden Mark-Noten nach Deutschland und ziehen den Gegenwert in Devisen aus Deutschland ab. Man geht daher mit dem Gedanken um, solche Sendungen von Mark-Noten den ausländischen Banken nicht mehr wie bisher auf ein freies Konto, sondern auf ein gesperrtes Konto gutzuschreiben. Für das Guthaben auf solchen gesperrten Konten können die ausländischen Banken sich wohl deutsche Wertpapiere kaufen. Es soll ihnen aber nicht gestattet sein, für diese Guthaben Devisen anzufordern.

Wenn diese Maßnahme durchgeführt wird, so würde dies vermutlich den Ankauf deutscher Mark-Noten durch ausländische Banken überhaupt unterbinden.

Eine Senkung des Reichsbank-Diskonts, von der immer wieder die Rede ist, wäre nicht zweckmäßig, solange die Abflüsse von Gold und Devisen andauern. — n.

## Sozialisierung der Verluste.

Da viele der stillgelegten englischen Baumwollfabriken auch jetzt, nachdem sich die Geschäftslage wieder gebessert hat, den Betrieb nicht wieder aufnehmen können, ist ein neuer Plan ausgeheckt worden, mit Hilfe dessen diese Unternehmen vor dem Bankrott bewahrt werden sollen: Die Baumwollfabriken, die jetzt in Betrieb stehen, sollen eine Abgabe zahlen, durch die sie die stillgelegten Betriebe mit verzinzen. — Ein neuer Versuch, das zu verhindern, was zur Überwindung der Krise unbedingt erforderlich ist: Die Beseitigung bankrotter Betriebe!

## Das nennen sie „Weltwirtschaftspolitik“.

Durch die Friedensschlüsse nach dem Weltkrieg wurden in Europa 20 000 Kilometer neue Zollgrenzen errichtet. Vorher zerfiel Europa in 26 Zollgebiete, nachher in 35. Vorher gab es 13 Währungen, nachher 27. (Nach BITTER-ZELLE: „Der Kapitalismus — ein Opfer der Politik?“)